

Mazedoniens Wirtschaft

Gute Eckdaten und wenig Hoffnung

Wer Statistiken konsultiert, erhält ein positives Bild von Mazedoniens Wirtschaft. Zur gedrückten Stimmung im Land passen diese Daten schlecht.

Andreas Ernst, Skopje
27.6.2015



Die Wirtschaftsstatistiken zeichnen ein positives Bild von Mazedonien. Die Stimmung ist dennoch schlecht. (Bild: Ognen Teofilovski / Reuters)

Man wandert durch Mazedoniens Hauptstadt und wundert sich: Herrscht hier Aufbruch oder Niedergang? Im Zentrum wird emsig gebaut, obwohl es kaum mehr freie Flächen gibt. Amtsgebäude, Museen, der riesige turmbewehrte Sitz der Regierungspartei wachsen empor. Darunter stehen, sitzen und reiten zahllose Bronze-Helden. «Skopje 2014» nennt die Regierung das Projekt, das dem Stadtzentrum mit klassizistisch inspirierter Zuckerbäckerarchitektur ein neues Antlitz geben soll. Doch in den Nebenstrassen, abseits der Baustellen, herrscht urbane Ödnis. In der Gasse, die im Schatten eines neu gebauten Kirchturms liegt, gab es früher Ladengeschäfte, ein Kino und eine stadtbekannt Bar. Jetzt blickt man in staubige Schaufenster, an denen Plakate im Wind flattern. Nur noch zwei Lokale sind besetzt: Im einen hat sich ein Wettbüro, im andern eine evangelischen Sekte eingemietet.

Attraktives Steuerregime

Im Gespräch mit einem Studenten und einer jungen Geschäftsfrau überwiegen triste Töne. Beklagt werden fehlende Arbeitsplätze, magere Löhne und die Abwanderung qualifizierter Kräfte. Doch der Blick in die Statistiken zeigt ein positiveres Bild – zumal im regionalen Vergleich. Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist die Wirtschaft allen Widrigkeiten zum Trotz jährlich um etwa 3% gewachsen. Auch die Arbeitslosigkeit hat abgenommen, allerdings von katastrophalen 37% (2005) auf 28% (2014). Das Geschäftsklima wird von der Weltbank wiederum überraschend gut bewertet: Mazedonien liegt auf dem 30. Platz (von 189 Positionen), wenn es um Indikatoren wie Zugang zu Krediten, massvolle Steuern, Bewilligungen oder die Einhaltung von Verträgen geht.

Allerdings lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Steuerlich hat sich das Land flexibel gezeigt; es erhebt von Investoren eine «flat tax» von nur 10% auf geschäftlichem und persönlichem Einkommen; die Reinvestition von Gewinnen ist sogar steuerfrei. Wenn es dagegen um die Einklage von Verträgen geht, sind die Noten deutlich schlechter – ein Hinweis darauf, dass Justiz und Verwaltung nicht mit einem Federstrich reformiert werden können.

Wenig Standortvorteile

Die Auslandsinvestitionen bewegen sich seit mehreren Jahren zwischen 200 Mio. und 300 Mio. €, was als Impuls nicht ausreicht, um über höhere Wachstumsraten die Beschäftigung auszuweiten. Den Wiener Ökonomen Vladimir Gligorov – der mazedonische Wurzeln hat – wundert das nicht. Das kleine Binnenland (rund 2 Mio. Einwohner), umgeben von Griechenland, Albanien, Kosovo, Serbien und Bulgarien, alles Länder, die seit Jahren um einen Aufschwung kämpfen, habe wenige Standortvorteile, selbst mit tiefen Lohnkosten und einem stabil an den Euro gebundenen Wechselkurs. Der Export als möglicher Wachstumsmotor sei schon deshalb schwach, weil es an der Produktion handelsfähiger Güter fehle. Dies zeigt sich gegenwärtig in den Wirtschaftsbeziehungen mit Russland: Obwohl sich Mazedonien am EU-Embargo nicht beteiligt und als Krisengewinner profitieren könnte, sind die Substitutionsgeschäfte sehr beschränkt.

Viele Bürger machen sich Sorgen über die Verschuldung des Staates. Ein Grund dafür ist die Intransparenz, mit der die Behörden das Projekt «Skopje 2014» vorantreiben. Weder die genauen Kosten (man spricht von mehreren hundert Mio.) noch die Vergabep Praxis für die Bauarbeiten sind öffentlich bekannt. Die sozialdemokratische Opposition, die sich darüber beklagt, ist am Malaise nicht ganz unschuldig: Sie boykottiert das Parlament seit einem Jahr, weil sie die Wahlergebnisse als gefälscht betrachtet. Die öffentliche Verwaltung ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen – auch hierzu fehlen Zahlen.

Hinter dem Ausbau des staatlichen Sektors steht dabei nicht der Wunsch nach besseren Dienstleistungen. Vielmehr versorgen die Regierungsparteien damit ihre Anhänger und sichern sich so eine loyale Wählerbasis. Sogar Gligorov dem Bau von Monumenten und der Schaffung unproduktiver Stellen einen Sinn abgewinnen kann, zeigt er sich über die Verschuldung doch nur wenig alarmiert: Die Quote liege mit weniger als 50% des Bruttoinlandsprodukts immer noch deutlich unter den Werten der Nachbarländer – man könne, so meint er, diese Politik durchaus als keynesianisch beschreiben.

Das zentrale Problem ist im Urteil von Gligorov die schwächelnde Legitimität der Regierung, nachdem ein riesiger Abhörskandal die klientelistische Herrschaftspraxis offengelegt habe. Dass allerdings die Rechtmässigkeit der staatlichen Institutionen mit den im Frühjahr 2016 erwarteten Wahlen wiederhergestellt wird, ist unwahrscheinlich. Mindestens zwanzig Jahre lang wurde der Staat als Hülle betrachtet, in die sich wechselnde Parteieliten einnisteten. Sie lernten die Hebel der Macht so zu bewegen, dass sie wiedergewählt und reich wurden. In neun langen Jahren hat die jetzige Regierung diese Herrschaftsform vervollkommenet. Während mittelständische Investoren sich mit der Korruption von Behörden und Richtern auseinandersetzen müssen, können grosse Investoren sich dagegen absichern. Sie haben direkten Zugang zur Regierungsebene, wo dann sozusagen «von Mann zu Mann» Abmachungen getroffen werden, die beide Seiten zufriedenstellen.

Hoffen auf die EU

Ein Ausweg aus der Misere ist schwer vorstellbar, am ehesten noch durch Beitrittsverhandlungen mit der EU, bei denen die Justiz und Verwaltung reformiert werden. Skeptiker wenden jedoch ein, dass Bulgarien und Rumänien trotz erfolgreichem Beitrittsprozess noch immer mit grossen Vertrauensproblemen ihrer Institutionen kämpfen. Aber eine Alternative dazu gibt es nicht – zumal mit Blick auf die Stabilität der Region. Mazedonien ist seit 2005 Beitrittskandidat, und die EU-Kommission hat mehrfach vorgeschlagen, mit Verhandlungen zu beginnen. Dies scheiterte jedoch sowohl an der Erweiterungsverdrossenheit der Hauptstädte als auch an Griechenland, das seine Vetomacht im europäischen Rat dazu missbraucht, um im Namensstreit mit Mazedonien zu punkten. Diese Haltung erscheint als unverantwortlich. Offensichtlich ist, dass die institutionellen Fehlentwicklungen mit der anhaltenden Isolation des Landes noch zugenommen haben.